

# „Stilllegung nicht tabu“

Gönner: AKW im Südwesten werden erneut überprüft FR 15.3.

*Frau Gönner, sind ähnlich schwere Unfälle in deutschen Kernkraftwerken möglich?*

Bisher sind wir immer davon ausgegangen, dass unsere Kernkraftwerke sicher sind. Die Anlagen sind gegen Erdbeben auslegt. Trotzdem muss nun beispielsweise überprüft werden: Sind die Auslegungen ausreichend? Könnte es Probleme mit Wassereintritten geben? Ich habe eine Expertenkommission mit der Untersuchung beauftragt.

*Gerade die älteren AKW sind nur begrenzt gegen Erdbeben, Flugzeugabstürze oder terroristische Angriffe geschützt.*

Es hilft nicht, zwischen älteren und neueren Kraftwerken zu unterscheiden. Die Fragen sind für jedes einzelne Kraftwerk für sich zu stellen: Reichen die Sicherheitsstandards und die Reserven und werden sie eingehalten? Bedenken Sie: Auch wenn das rotgrüne Ausstiegsgesetz noch in Kraft wäre, wären sechs der sieben alten Kernkraftwerke noch in Betrieb. Die Debatte wäre dieselbe und wir hätten nicht einmal die mit der Verlängerung der Laufzeiten geschaffene Möglichkeit, erhöhte Sicherheitsreserven einzufordern, wie wir das bereits für Neckarwestheim 1 getan haben.

*Die Debatte wäre kaum dieselbe. Neckarwestheim 1 wäre bereits abgeschaltet. Anlagen wie Biblis A und B gingen bald von Netz.*

Das ist zwar richtig. Trotzdem würden wir die Debatte darüber führen, ob nicht alle Alt-Anlagen sofort vom Netz müssen oder nicht.



**Tanja Gönner.**  
(CDU), Umweltministerin in Baden-Württemberg. dapt

*Neckarwestheim und Philippsburg liegen in erdbebengefährdeten Zonen.*

Sie liegen zwar in Erdbebenzonen, aber nur in Zonen der Kategorien 0 beziehungsweise 1, den niedrigsten von insgesamt vier Kategorien. Dafür sind sie ausgelegt.

*Die AKW wurden nach historischen Erdbebenstärken ausgelegt. Diese können aber übertroffen werden, nicht nur in Japan.*

Es gibt in der Auslegung einen Puffer für stärkere Erdbeben als bisher gemessen. Ob dieser ausreicht, soll die von uns eingesetzte Expertenkommission nun noch einmal untersuchen.

*Sind Sie bereit, Anlagen im Zweifel stillzulegen?*

Wenn die Expertenkommission sagt, die Sicherheit ist nicht ausreichend, ziehe ich die Konsequenzen daraus. Sonst braucht man sie gar nicht einzusetzen. Das kann Nachrüstungsauflagen und, wenn die nicht erfüllt werden, die Stilllegung bedeuten.

*War die Laufzeit-Verlängerung ein Fehler?*

Sie war kein Fehler. Wir sollten uns allerdings eine Atempause gönnen und die Laufzeit-Entscheidung noch einmal offen hal-

ten, um breit über die Energiezukunft zu debattieren. Man kann die Atomkraft schneller durch erneuerbare Energien ersetzen. Aber die Bürger müssen dann auch bereit sein, den beschleunigten Ausbau etwa von Stromnetzen und Speicherkraftwerken mit zu tragen. Und zwar auch, wenn es sie selbst direkt tangiert.

*Wie soll das Moratorium denn aussehen?*

Es muss schnell kommen und mit einer breiten öffentlichen Debatte über die Laufzeitfrage und die Alternativen verknüpft werden – nach dem Modell der Schlichtung zu Stuttgart 21, wie sie von Heiner Geißler durchgeführt wurde.

*Welche Nachrüstungen werden Sie durchsetzen, wenn es bei der Laufzeitverlängerung bleibt?*

Alles, was nötig ist. Es gibt dazu eine sehr konkrete, zwischen Bund und Ländern abgestimmte Nachrüst-Liste.

*Das Thema Atomkraft wird den restlichen Wahlkampf in Baden-Württemberg stark bestimmen. Schwimmen der Union die Felle davon?*

Natürlich wird das Thema Einfluss haben. Es wäre aber ein großer Fehler, eine Landtagswahl zur Volksabstimmung über die Atomkraft-Frage zu machen. Natürlich bewegt die Bürger, was in Japan passiert. Aber in der Wahl am 27. März geht es darum, wie unser Land in den nächsten fünf Jahren am besten regiert wird.

Interview: Joachim Wille